

Vortrag an den Ministerrat

Änderung der Zusammensetzung in der Bundeswahlbehörde seitens der FPÖ und Liste Pilz

Die Berufung der Beisitzerinnen und Beisitzer sowie der Ersatzbeisitzerinnen und Ersatzbeisitzer in die Bundeswahlbehörde erfolgt gemäß § 15 Abs. 1 der Nationalrats-Wahlordnung 1992 – NRWO, BGBl. Nr. 471/1992, in der Fassung BGBl. I Nr. 32/2018, durch die Bundesregierung.

Gemäß § 19 Abs. 2 steht es den Parteien, die Vorschläge für die Berufung von Beisitzerinnen und Beisitzern sowie von Ersatzbeisitzerinnen und Ersatzbeisitzern erstattet haben, jederzeit frei, die Berufenen aus der Wahlbehörde zurückzuziehen und durch neue ersetzen zu lassen.

Die wahlwerbende Partei „Freiheitliche Partei Österreichs“ hat als neuen Beisitzer das Mitglied des Bundesrates Mag. Bernd Saurer und als neue Ersatzbeisitzer Landtagsabgeordneten Michael Stumpf, BA, sowie Ing. Mag. Joachim Stampfer namhaft gemacht. Die bisherige Beisitzerin Abgeordnete zum Nationalrat Dr. Susanne Fürst und der bisherige Ersatzbeisitzer Mitglied des Europäischen Parlaments Harald Vilimsky sowie die bisherige Ersatzbeisitzerin Mag. Katharina Würzner scheiden aus der Bundeswahlbehörde aus. Demnach ist von der Bundesregierung das Mitglied des Bundesrates Mag. Bernd Saurer, Landtagsabgeordneter Michael Stumpf, BA, und Ing. Mag. Joachim Stampfer zu berufen.

Die wahlwerbende Partei „Liste Peter Pilz“ hat als neuen Ersatzbeisitzer Martin Gruber namhaft gemacht. Der bisherige Ersatzbeisitzer Dr. Peter Kolba scheidet aus der Bundeswahlbehörde aus. Demnach ist von der Bundesregierung Martin Gruber zu berufen.

Ich stelle daher den

Antrag,

die Bundesregierung wolle beschließen: „Auf Vorschlag der Freiheitlichen Partei Österreichs wird das Mitglied des Bundesrates Mag. Bernd Saurer als neuer Beisitzer und Landtagsabgeordneter Michael Stumpf, BA, sowie Ing. Mag. Joachim Stampfer als neue Ersatzbeisitzer in die Bundeswahlbehörde berufen. Auf Vorschlag der wahlwerbenden Partei „Liste Peter Pilz“ wird Martin Gruber als neuer Ersatzbeisitzer in die Bundeswahlbehörde berufen.“

Beilage

25. April 2019

Herbert Kickl
Bundesminister